

„Abschied von Zollstock-Springstein“

Initiative Gegenwind greift die AG Bürger-Energie und Flugsicherung scharf an

Die Auseinandersetzung zwischen Windkraftbefürwortern und -gegnern geht weiter. Anlass ist eine Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft Bürger-Windkraft in Waiblingen, auf die schon der CDU-Bundestagsabgeordnete Norbert Barthle kritisch reagiert hatte. Jetzt äußert sich auch die Initiative Gegenwind Zollstock-Springstein.

BACKNANG/WAIBLINGEN (pm). „Wir empfehlen den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Bürger-Windkraft und Flugsicherung, endlich die Fakten zum Standort Zollstock-Springstein zur Kenntnis zu nehmen“, sagte Gerhard Winter (Backnang) als Sprecher der Initiative Gegenwind Zollstock-Springstein. Wer im Rundumschlag jeden – von den Behörden über die Abgeordneten bis zur Initiative Gegenwind Zollstock-Springstein – angreife und dabei „an den Fakten vorbei nur mit Vermutungen und

nachweisbar falschen Behauptungen“ argumentiere, der stelle sich und sein Ziel selbst ins Abseits.

Die Initiative Gegenwind Zollstock-Springstein begrüßt deswegen die Reaktion des CDU-Bundestagsabgeordneten Barthle auf die „unqualifizierten Angriffe“, heißt es in einer Presseerklärung von Gegenwind.

Fakt sei, dass der Sicherungsbereich von 15 Kilometern um die Flugsicherungsanlage Affalterbach EU-weit schon seit 2009 und damit lange vor dem Beginn der Planung für Windkraftanlagen im Gebiet Zollstock-Springstein bestehe. „Man muss sich fragen, weshalb die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft und der Projektierer so fahrlässig waren, diesen Sachverhalt zu übersehen und damit nun erhebliche Planungskosten in den Wind schreiben und die Erwartungen von Mitgliedern der Energiegenossenschaften enttäuschen zu müssen“, so Gerhard Winter. Fakt sei auch, dass die in Affalterbach eingesetzte Technik auf nicht absehbare Zeit weiter gebraucht werde, um die Sicherheit und den reibungslosen

Ablauf im Luftverkehr zu gewährleisten.

Fakt sei weiterhin, dass Baden-Württemberg zu den windschwächsten Gebieten in Deutschland gehört. Wer trotzdem „stur an Planungen für Windkraftanlagen festhält, ohne dass eine ausreichende Windhöffigkeit am konkreten Standort besteht, der verleitet Bürger, die sich an Windkraftanlagen beteiligen und damit Geld verdienen wollen, zu Fehlinvestitionen“. Die Förderung erneuerbarer Energien könne nur erfolgen, indem alle Stromkunden durch deutlich höhere Strompreise zur Kasse gebeten würden.

Für die Planungen am Standort Zollstock-Springstein bedeute eine Reduzierung der EEG-Förderung, dass Windkraftanlagen dort unwirtschaftlich werden, behauptet Gegenwind in der Presseerklärung. Zudem würden Windkraftanlagen dort Landschaft und das Landschaftsbild zerstören sowie Mensch, Natur und Wald in unverhältnismäßiger Weise beeinträchtigen. Fazit der Windkraftgegner: „Hier hilft nur der Abschied von den Planungen für einen Windpark Zollstock-Springstein.“